Namslauer Stadtblatt.

Amtlicher Anzeiger für die städtischen Behörden.

Bezugs-Preise:
Das „Namslauer Stadtblatt" erscheint wöchentlich bis auf Weiteres zweimal: Mittwoch und Sonnabend und kostet in der Geschäftsstelle 5,75 Mk., in den Verkaufsstellen 6,00 Mk., durch die Post bezogen 6,36 Mk. vierteljährlich.
Einzelne Nummer 25 Pf. Offerten- und Auskunftsgebühr 50 Pf.
Gerichts- und Erfüllungsort Namslau. — Bei Zahlungseinstellung bezw. gerichtlicher Beitreibung gilt jeder Nachlaß als aufgehoben.

Anzeigen-Preise:
Für die einspaltige Korpuszeile oder deren Raum 1 Mk., für Auswärtige 1,25 Mk., im Reklameteil (am Schluß des redaktionellen Teils) die 2spaltige Zeilenzeile 2,50 Mk. — Schluß der Anzeigenannahme 9 Uhr vorm. vor dem Erscheinungstage, für größere Anzeigen jedoch schon tags zuvor. — Für Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Kleine Anzeigen nur gegen Vorauszahlung.
Belagegebühr nach Vereinbarung.

49. Jahrgang. Mit der Beilage: Amtliches „Namslauer Kreisblatt." Fernsprecher 224.

Nr. 53. | Verantwortlich für die Schriftleitung: Karl Opitz, Namslau. | Namslau, Mittwoch, den 6. Juli. | Druck, Verlag und Expedition: Oskar Opitz, Namslau. | 1921.

Amnestieerlaß für Oberschlesien.

Aufruf der interalliierten Kommission.

WTB. **Oppeln**, 1. Juli. Die Interverbündete Kommission verbreitet durch Anschlag in ganz Oberschlesien den folgenden Aufruf an die Bewohner Oberschlesiens:

Die Interverbündete Regierungskommission gibt den Bewohnern Oberschlesiens bekannt, daß, gehorsam den Anordnungen der J. K. die Kräfte der polnischen Aufständischen und die irregulären deutschen Formationen sich aus ihren Stellungen zurückziehen und am Abend des 5. Juli vollständig aufgelöst sein werden. — Die Verwaltung Oberschlesiens wird von da ab wieder vollständig in den Händen der J. K. ruhen und allen nicht rechtmäßig gebildeten Organisationen wird weder Autorität noch Gewalt (?) irgendwelcher Art zustehen. Von dieser Unterwerfung befriedigt und eine Befänftigung des Grolls sowie eine Milderung der bestehenden Rassengegensätze wünschend, hat die J. K. beschlossen, eine Amnestie für alle ungesetzlichen Handlungen zu gewähren, die mit dem Aufstand in Zusammenhang stehen, jedoch mit Ausnahme solcher Handlungen, die in gewinnsüchtiger Absicht oder aus persönlicher Rachsucht oder aus Grausamkeit begangen wurden. Von dieser Amnestie werden jedoch alle die ausgeschlossen, die nach einem noch bekannt zu machenden (!) Zeitpunkte in unbefugtem Besitz einer Schußwaffe oder Explosivstoffen befunden werden. — In der Erwartung, daß die Bevölkerung durch ihr Verhalten sich dieses Aktes der Milde würdig zeigen werde, sowie fest entschlossen, jeden Versuch der Störung der öffentlichen Sicherheit zu unterdrücken, fordert die J. K. die Bewohner Oberschlesiens auf, in Ruhe und in vollem Vertrauen auf die Gerechtigkeit (!) und Unparteilichkeit (!) der interverbündeten Mächte, die Entscheidung abzuwarten, die gemäß dem Friedensvertrage von Versailles getroffen werden wird.

Gegeben zu **Oppeln**, den 1. Juli 1921.

Der Vertreter Frankreichs, Präsident Le Rond.
Der Vertreter Italiens, A. de Marinis.
Der Vertreter Großbritanniens, Harold Stuart.

*

Der „Oberschlesische Wegweiser," das Blatt Korfantys, hat bereits vor 10 Tagen die Meldung bringen können, daß eine derartige Amnestie zu erwarten sei. Dieses Unglaubliche ist nunmehr Wirklichkeit geworden. Praktisch heißt der Amnestieerlaß nichts anderes, als daß alle von den Korfantybanden verübten Verbrechen, die unzähligen Plünderungen und zahlreichen Morde ungesühnt bleiben sollen. Die Unterwerfung der Interverbündeten Kommission unter die Korfantysche Forderung der Amnestie ist ein Peitschenschlag für die deutsche Bevölkerung Oberschlesiens. Diese Maßnahme raubt uns den letzten Hoffnungsschimmer auf eine gerechte und unparteiische Haltung der Interverbündeten Kommission in Oberschlesien. Wie aus Oberschlesien gemeldet wird, hat die Amnestie bereits unter den oberschlesischen Deutschen eine gewaltige Erregung hervorgerufen. Man weist auf das Wort Lloyd Georges im Unterhause hin, daß er nicht eher ruhen werde, bis die Anstifter des Aufstandes zur Verantwortung gezogen seien. Auch das war also, wie vieles, was Lloyd George versprach, in den Wind gesprochen.

Eine sehr berechtigte Forderung der deutschen Parteien und Gewerkschaften Oberschlesiens an die J. K.

WTB. **Oppeln**, 2. Juli. Die vereinigten deutschen Parteien und Gewerkschaften Oberschlesiens haben der J. K. folgende Erklärung übermitteln lassen:

Kattowitz, 1. Juli.

An die J. K. in Oppeln.

Die J. K. glaubt, den polnischen Aufstand durch das Räumungsabkommen beilegen zu können. Die friedliche Bevölkerung hat allen Grund zu der Annahme, daß dieser Aufstand nicht der letzte ist. Die Formationen der Aufständischen gehen bewaffnet und geschlossen zurück und werden mit ihrem Kriegsgerät nach Polen transportiert, soweit sie von dorther gekommen sind. Die aus oberschlesien stammenden Aufständischen gehen mit ihren Waffen in ihre Heimatorte. Die in deutscher und in polnischer Sprache gedruckte polnische Presse schürt schon jetzt den neuen Aufstand. Wir verweisen auf eben von der Zensur zugelassenen Artikel: „Unser Glaubensbekenntnis" in Nr. 86 des „Oberschlesischen Wegweisers" vom 1. Juli. In den am 29. Juni veranstalteten polnischen Demonstrationen haben die Redner, darunter mehrere Geistliche, offen dazu aufgefordert,

sich für den nächsten Aufstand bereitzuhalten.

Wir betrachten die Beilegung des Aufstandes als eine Pause vor neuen schweren Ereignissen. Unsere Besorgnis vor der Zukunft wird verstärkt durch die von der polnischen und Pariser Presse verbreitete Nachricht über eine unmittelbare bevorstehende Amnestie. Es ist eigene Angelegenheit der J. K., wenn sie entgegen ihrer feierlichen Proklamation vom 11. Februar und entgegen ihrer Bekanntmachung vom 3. Mai 1921 die Verletzung ihrer Autorität durch eine Amnestie ungesühnt lassen will. Aber so wenig wir Vergeltungsmaßnahmen gegen die große Masse des mißgeleiteten polnischen Volksteiles erstreben, so sehr fordern wir mit allem Nachdruck, daß die für den Aufstand Verantwortlichen und die im Aufstand an verantwortlicher Stelle tätig gewesenen Personen zur Rechenschaft gezogen werden, weil sie die Schuld an dem furchtbaren Verbrechen tragen, das an Oberschlesien verübt worden ist. Nach unserem Rechtsbewußtsein dürfen unter die Amnestie nicht fallen: 1. der bisherige polnische Plebiszitkommissar Korfanty und die Mitglieder des Volksgausschusses, 2. die Kommandanten von Formationen von Aufständischen, die Orts- und Kreiskommandanten, auf deren Befehl und unter deren Verantwortung Verbrechen und Vergehen verübt worden sind, 3. die Vorsitzenden und Beisitzer der Feldgerichte der Aufständischen, die sich richterlicher Gewalt über Leib und Leben der friedlichen Bevölkerung, sowie alle diejenigen Personen, die widerrechtlich sich öffentliche Ämter angemaßt haben, 4. alle Teilnehmer des Aufstandes, die am 3. Mai 1921 Beamte der J. K. gewesen sind, insbesondere die Kreisbeiräte und die Beamten der Polizei Oberschlesiens und der Spezial-Polizei, 5. alle diejenigen Personen ohne Unterschied der Nationalität, die Verbrechen und Vergehen gegen das Leben und Eigentum begangen haben. Durch die nach dem August-Aufstande erlassene Amnestie vom 29. November 1920 haben die Polen den Eindruck, daß ihre Taten von vornherein Straffreiheit genießen. Sie behaupten und verbreiten heute wieder, daß sie für die in diesem Aufstande begangenen Taten Straffreiheit erlangen werden. Sollte die J. K. eine derartige Amnestie erneut erlassen, so würde sie schon jetzt den vierten polnischen Aufstand begünstigen. Nach acht Wochen der Rechtlosigkeit fordern wir von der J. K. nach Wiederherstellung ihrer Autorität, daß sie gegen die Leiter des Aufstandes und gegen die Hauptschuldigen nach den Grundsätzen verfährt, die sie in ihrer feierlichen Bekanntmachung vom 11. März 1920 verkündet hat.

*

Die Amnestie ist inzwischen, wie bereits gemeldet, von der J. K. erlassen worden. Sie wird sicher, wie in der vorstehenden Erklärung ganz richtig hervorgehoben wird, die Grundlage für einen neuen Aufstand bilden.

Eine Kundgebung des preußischen Staatsrats über Oberschlesien.

WTB. **Berlin**, 2. Juli. In der heutigen Sitzung des Preußischen Staatsrates wurde ein vom Abgeordneten Grafen Kayserlingk eingebrachter Antrag über Oberschlesien in folgender vom Ausschuß vorgeschlagenen Fassung einstimmig angenommen:

Der Preußische Staatsrat bedauert den oberschlesischen Volksgenossen sein wärmstes Mitgefühl für die unsagbar schweren Leiden, die sie erdulden mußten und fordert die preußische Staatsregierung auf, ihren Einfluß bei der Reichsregierung nachdrücklichst dahin geltend zu machen, daß 1. umgehend Berichte über Entstehung und Verlauf des Aufruhrs in Oberschlesien der Oeffentlichkeit übergeben werden, 2. die gesamte Oeffentlichkeit über die Verbrechen, Vergewaltigungen und Grausamkeiten, denen die unglückliche Bevölkerung Oberschlesiens ausgesetzt war, durch beschleunigte amtliche Bekanntmachung aufgeklärt wird, 3. die Rechte des preußischen Staates und des deutschen Reiches auf Oberschlesien, bei den mit der Aufrechterhaltung des Friedens betrauten und dafür verantwortlichen Mächten nachdrücklich geltend gemacht werden, 4. die begangenen gemeinsamen Verbrechen gesühnt werden und mit Ersatz der Unkosten des Aufruhrs entstandenen mittelbaren und unmittelbaren Schäden gefordert wird, 5. Vorkehrungen getroffen werden, die die Wiederherstellung der Ordnung und die Sicherheit der Freiheit, Leben und Eigentum der Bewohner Oberschlesiens künftig wirksam gewährleisten.

Damit war die Tagesordnung erschöpft.

Widerlegung französischer Behauptungen.

Schwere Anklagen der deutschen Parteien und Gewerkschaften Oberschlesiens.

Wtb. **Oppeln**, 30. Juni. An den Premierminister Lloyd George, die Ministerpräsidenten Giolitti und Briand, die interverbündete Kommission, den General de Marinis und Sir Harold Stuart in Oppeln ist das folgende Telegramm der deutschen Parteien und Gewerkschaften Oberschlesiens abgegangen:

„Die französische Regierung hat in ihrer Antwort auf die Note der deutschen Reichsregierung vom 16. Juni 1921 über die Zustände in Oberschlesien behauptet:

daß die interverbündete Kommission unaufhörlich die größten Anstrengungen gemacht habe, um die Achtung für Leben und Eigentum zu gewährleisten, daß die polnische Regierung den Aufstand keineswegs unterstütze, daß die polnischen Aufständischen durch Taten ihre Bereitwilligkeit erwiesen hätten, sich den Befehlen der J. K. zu unterwerfen, daß sie begonnen hätten, sich zurückzuziehen und die Waffen niederzulegen, und schließlich, daß durch das Verhalten des Generals Höfer und der Führer der deutschen Parteien die J. K. an der Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung verhindert werde.

Wir stellen vor aller Welt fest, daß diese Behauptungen der französischen Regierung unzutreffend sind. Wir stellen fest und unter Beweis: 1. daß heute, am 27. Juni, 8 Wochen nach dem Ausbruch des Aufstandes, die Lage in dem vom Aufstand erfaßten Gebiet keine Besserung zeigt, 2. daß die J. K. in diesem Gebiet nichts für uns Sichtbares getan hat, um die Achtung vor Leben und Eigentum sicherzustellen, 3. daß die polnische Grenze heute genau so offen ist, wie sie es seit dem 11. Febr. 1920, dem Tage der Uebernahme der Regierungsgewalt in Oberschlesien durch die J.-K. ununterbrochen gewesen ist, 4. daß die Taten der Aufständischen nicht im geringsten die Bereitwilligkeit erkennen lassen, sich den Befehlen der J.-K. zu unterwerfen und daß von einer Waffenniederlegung nicht im entferntesten gesprochen werden kann. Die Taten widerlegen die Behauptungen der französischen Regierung. In demselben Augenblick, in dem die französische Regierung diese seltsame Note herausgibt, befestigt Korfanty im Aufstandsgebiet seine Gewaltherrschaft. Am 22. Juni hat der in seinem Auftrage mit Billigung französischer Stellen gebildete ungesetzliche Magistrat Tarnowitz über die Verhängung einer Kontribution in Höhe von 400 000 Mk. beraten. Am 23. Juni fordert der polnische Kreiskommandant von Hindenburg eine Kontribution von 1½ Millionen Mk. Von der deutschen Bevölkerung der Stadt Rybnik werden 17 Millionen Mark Kontributionen gefordert. Am 27. Juni legte der polnische Stadtkommandant Bürgern der Stadt Myslowitz eine Kontribution von 1 Million Mark auf. Am 23. Juni haben die Aufständischen das staatliche Finanzamt in Laurahütte, Kreis Kattowitz, besetzt und üben dort die Amtsgewalt aus. Das gleiche ist geschehen mit dem staatlichen Hauptzollamt in Myslowitz. Die Pächter der Staatsdomänen in den Kreisen Pleß und Rybnik werden zur Abführung der Pachtgelder an die Behörden der Aufständischen aufgefordert. In den letzten Tagen haben die Aufständischen die Berkehrskontrolle außerordentlich verschärft. Von den Betroffenen werden Beitragsleistungen für das polnische Rote Kreuz erpreßt. Am 2. Juli haben die Polen zwei Eisenbahnzüge mit je 1200 Bewaffneten über den Bahnhof Kattowitz nordwestwärts in Richtung Gleiwitz geleitet, über denselben Bahnhof Kattowitz, von dem verantwortliche französische Dienststellen versichert haben, daß er von den Polen niemals zu militärischen Zwecken benutzt werden dürfte und würde. Die Aufständischen führen in diesen Tagen die Zwangsaushebungen durch, von denen naturgemäß nur friedliche Menschen betroffen werden, die bisher dem Aufstand vollkommen fern gestanden haben. Die Feuertätigkeit der Polen gegen die umlagerten Städte hat sich außerordentlich gesteigert. Am 26. Jun haben bewaffnete Aufständische einen Zeil der Stadt Gleiwitz besetzt, geplündert, mehrere Einwohner getötet und andere verschleppt.

Angesichts solcher Tatsachen spricht die französische Regierung von der bewiesenen Bereitwilligkeit der Aufständischen zur Unterwerfung. Am 21. Juni 10 Uhr vormittags sind einige bewaffnete Insurgenten in die Stadt Kattowitz eingedrungen, haben geschossen und einen Knaben verwundet und unter den Augen hinzugekommener französischer Wachtmannschaften zwei Männer festgenommen und nach Zalenze verschleppt. Am 22. Juni vormittags haben drei französische Offiziere auf friedliche Menschen ohne jede Veranlassung in Kattowitz mit Reitpeitschen eingeschlagen. Ein vollkommen harmloser Einwohner wurde dreimal am Kopf und Rücken getroffen. Am 23. Juni haben bewaffnete Insurgenten auf der offenen Strecke Zalenze—Kattowitz den Eisenbahnzug zum Halten gezwungen und etwa 15 Zivilisten mit ihrem Gepäck aus dem Eisenbahnzug herausgeholt. Dieser Eisenbahnzug wurde durch ein französisches Militärkommando unter Führung eines französischen Offiziers begleitet. Dieses Begleitkommando hat gegen die Gefangennahme der Reisenden durch die Aufständischen nichts unternommen. Die bestialischen Mißhandlungen friedlicher Personen durch die Aufständischen haben noch immer nicht aufgehört.

Die J. K. hat ihre Autorität verspielt durch die Haltung ihrer französischen Angehörigen, durch die offene Duldung des polnischen Rechtsbruches und durch die Nichterfüllung aller Versprechungen, die sie der deutschen Bevölkerung gegenüber abgegeben hat. Erst nach dem völligen Versagen der J. K. ist die deutsche Notwehr entstanden, auf die jetzt die französische Regierung die Schuld für die seit 8 Wochen andauernden Zustände abzuwälzen sich bemüht. Wir legen gegen diese offenbare Wahrheitsfälschung schärfste Verwahrung ein.

Wer hintertreibt den Wiederaufbau Nordfrankreichs?

Die Ruinen im Kriegsgebiet von Nordfrankreich hindern, so wird behauptet, die Anbahnung normaler Beziehungen zwischen dem deutschen und dem französischen Volke. Wir wollen hier nicht untersuchen, was alles der Anbahnung solcher Beziehungen entgegensteht und noch lange entgegenstehen wird. Die von Frankreich gegenüber dem deutschen Volke betriebene Politik des Raubes, der Vergewaltigung, der Knechtung, der Vernichtung wird, solange sie nicht eine grundlegende Aenderung erfährt, die Annäherung zwischen beiden Völkern unmöglich machen; sie muß vielmehr in steigendem Maße, je mehr die Wirkungen des französischen Vernichtungswillens jedem einzelnen Deutschen in seinen Lebensbedingungen fühlbar werden, Wut, Haß und Feindschaft erzeugen. Aber die französischen Ruinen brauchten hierbei keine Rolle zu spielen, denn auf deutscher Seite besteht der wiederholt bekundete ernste Wille, deren Wiederaufbau tatkräftig zu fördern.

Hätte man in Frankreich von diesem ernsten Willen auch nur eine Spur gezeigt, so würde es in Nordfrankreich heute, fast 3 Jahre nach Beendigung des Kampfes, längst keine Ruinen mehr geben. Französische Kreise sind es, die den Wiederaufbau mit deutscher Hilfe verhindern. In einer maßgebenden französischen Fachzeitung wird soeben ein erregter Protest der Bauunternehmerverbände von Nordfrankreich veröffentlicht. Darin wehrt man sich zunächst gegen die Lieferung der 25000 Holzhäuser aus Deutschland. Die Bevölkerung wird gleichzeitig scharf gemacht, die Annahme solcher Holzhäuser als Ersatz ihrer früheren kleinen Häuser zu verweigern. Besonders heftig wendet man sich gegen den Vorschlag, den Deutschen einen Abschnitt der zerstörten Gebiete zum alleinigen Wiederaufbau zu überlassen. Die Begründung dafür können wir unseren Lesern nicht vorenthalten:

„Seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages suchen die Deutschen die Konzession zu erlangen, einen bestimmten Abschnitt der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs allein wieder aufzubauen. Nichts ist mehr geeignet, einen Präzedenzfall gegen das allgemeine Interesse zu schaffen. Die Deutschen wollen vor allem, daß der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete ihren Industrielen, ihren Arbeitern und ihrer Mahrenausfuhr zugute kommt. Wenn sie einen Abschnitt erhalten, werden sie alle ihre finanziellen Kräfte auf diesen Abschnitt konzentrieren. Durch diese Konzentration der Kräfte werden die Deutschen sehr schnell den vollständigen Wiederaufbau dieser Region durchzuführen vermögen. Durch ihre Eigenliebe und ihre Sucht, zu zeigen, was sie können, werden sie versuchen, an Frankreich wenig oder keine Geldentschädigung zu leisten. Auf alle unsere Wiedergutmachungsforderungen hin werden sie ihre Zahlungen lediglich in natura und in Wiederaufbauarbeit durch sie selbst leisten. Nach einer Frist von höchstens zwei Jahren, in welcher sie ihr Werk, ihre Arbeit beendet haben werden, würden sie unter Berufung auf die durch den deutschen Organisationsgeist erreichten Resultate darauf drängen und wieder drängen, aus Mangel an Geld in den verwüsteten Gebieten ihre materielle Herrschaft fortsetzen. Die geschädigte Bevölkerung der verwüsteten Gebiete wird angesichts dieser Feststellung ebenfalls verlangen, von den Deutschen wieder aufgebaut zu werden. Was seit Juni 1919 verfolgt wird, wird erreicht sein: Die Deutschen werden neue Abschnitte erhalten und ihre Arbeit über alle verwüsteten Departements ausdehnen."

Es wird vorgeschlagen, den Deutschen die Kosten für die Wiederherstellung der Häuser im Werte von weniger als 8000 Franks aufzuerlegen und diese kleinen Häuser eventuell durch festgeschlossene, wohlüberwachte, fliegende deutsche Bauarbeiterkolonnen aufbauen zu lassen. Ein längerer Aufenthalt deutscher Arbeiter in den besetzten Gebieten müsse auf jeden Fall vermieden werden, um die „moralischen und sozialen Gefahren einer so verabscheuten Berührung der Deutschen mit der Bevölkerung zu begrenzen".

Schließlich wendet sich der Protest auch gegen umfangreiche Lieferungen deutschen Materials. Dadurch würde unter Umständen

„die Baumaterialienfabrikation in Frankreich geschädigt, eine Arbeitslosigkeit erzeugt und die französischen Materialpreise zum Schaden der Lieferanten gedrückt" werden. Vielmehr müsse den Deutschen klar gemacht werden, daß sie nur ganz bestimmte Materialien, die Frankreich nicht selbst erzeugen kann, zu liefern haben, und daß sie im übrigen — darauf kommt es diesen Leuten besonders an — bis zum Weißbluten zu Geldentschädigungen gezwungen werden müßten.

Das ist des Pudels Kern: Das deutsche Volk soll bis zum äußersten, zum Unerträglichen ausgeaussaugt und seines Besitzes beraubt werden, damit möglichst viele Franzosen als Staatspensionäre und Rentner auf deutsche Kosten ein bequemes und arbeitsloses Leben führen können. Mit dem Wiederaufbau Frankreichs eilt es diesen Leuten ganz und gar nicht. Was sagen die französischen Arbeiter dazu und wo bleibt die vielgerühmte Solidarität des internationalen Proletariats?

Unsere Westfestungen als dauernde Stützpunkte der Franzosen.

Paris, 2. Juli. Zwischen Frankreich und Belgien werden Verhandlungen geführt über einen gemeinsamen Antrag beim Obersten Rat, daß die an den früheren Grenzen Deutschlands mit Belgien und Frankreich befindlichen Festungswerke, die jetzt von den Verbündeten benutzt werden, von der Liste der noch zu schleifenden Festungswerke abzusetzen sind. Von Frankreich geht der Plan aus, diese Festungen bis zur völligen Ausemanderlesung mit Deutschland, d. h. bis Deutschland alle seine Verpflichtungen erfüllt hat, intakt zu halten. Man werde noch später Gelegenheit haben, über das Schicksal dieser Werke zu entscheiden. Die am Rhein gelegenen Festungswerke sollen jedoch möglichst bald zerstört werden.

*

Das „Recht", den Zeitpunkt für die Schleifung der Festungen an unserer Westgrenze festzusetzen, hat sich der Verband im Artikel 180 des Friedensvertrages ausbedungen. Wir müssen es also dulden, daß unsere Verteidigungswerke von unseren Feinden vorläufig als Stützpunkte gegen uns benutzt werden. Die Besetzung des Rheinlandes soll sich aber nur die Dauer von 15 Jahren erstrecken, und sie kann nur verlängert werden, wenn Deutschland vorzeitig seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Was Frankreich und Belgien jetzt beabsichtigen, ist aber nichts anderes, als unter Bruch des Friedensvertrages schon jetzt ewige Zwingburgen auf deutschem Gebiet zu erhalten. Frankreich wird sicher alle Regiekünste spielen lassen, um nach dem Ablauf der 15 Jahre im Rheinland bleiben zu können. Dieser neueste Plan zeigt das deutlich genug und ist ein Zeugnis für den französischen „Verständigungswillen". Daß die Franzosen das linke Rheinufer, das ihnen durch den Waffenstillstand und den Erzbergerschen Waffenstillstand mühelos in die Hände gefallen ist, nach Ablauf der 15 Jahre gutwillig räumen werden, daran beginnen in Deutschland allerdings heute auch jene zu zweifeln, die an die „Vertragstreue" unserer Feinde glaubten. Der Zwang, Verträge zu halten, gilt immer nur für die Machtlosen.

Ein französischer Befehl, keine Gefangenen zu machen.

Wtb. **Paris**, 2. Juli. In der „Humanité" erhebt der bekannte Schriftsteller Goutenoire de Toury unter Bezugnahme auf die Verhandlungen vor dem deutschen Reichsgericht gegen den General Stenger Anklage gegen den Kommandanten der 13. Infanterie-Division, General Martin de Bouillon, am Vorabend des Angriffs vom 25. September 1915 im Artois sich des gleichen Vergehens schuldig gemacht zu haben, dessen Stenger beschuldigt werde. de Toury sagt, daß hinter der Loretthöhe die Offiziere der 13. Division in den Schulsaal zusammenberufen wurden. Der General habe befohlen: Ihr sollt keine Gefangenen machen! Er habe eine Ausnahme nur für einige zugelassen, damit sein Dolmetscheroffizier sie verhören könne. de Toury erklärte zur Entschuldigung, weshalb er nicht dagegen protestiert habe, er habe seine Entrüstung über den Fall seinem Obersten ausgedrückt, der sie gebilligt habe.

*

Wie sehr Frankreich vor seiner eigenen Tür zu kehren hat, geht auch aus anderen Meldungen hervor. Die französische Oeffentlichkeit beschäftigt sich schon seit geraumer Zeit mit Fällen, in denen während des Krieges französische Soldaten auf Befehl der Vorgesetzten ohne besonderes kriegsgerichtliches Verfahren erschossen worden sind, meist unter der Beschuldigung feigen Verhaltens vor dem Feind. Der neueste Fall, der auch in der französischen Kammer zur Verhandlung gekommen ist, betrifft zwei Unteroffiziere, die im Juni 1916 bei den Kämpfen um Verdun bei Fleury erschossen worden sind, und zwar auf direkten Befehl des Regimentskommandeurs, weil sie sich mit einer Handvoll Mannschaften einem deutschen Angriff durch Zurückgehen aus der anbefohlenen Linie entzogen hatten. Obgleich die französische Oeffentlichkeit und auch die Zeitungen über diese Fälle einer offenkundigen Blutjustiz erregt sind, zeigt sich das französische Kabinett in der Verfolgung dieser französischen Kriegsverbrechen wenig geschäftig.

In den letzten Tagen haben sich die Zeitungen eines neuen Falles bemächtigt. Es handelt sich dabei um einen Soldaten des 4. Zuaven-Regiments, der bei dem Rückzuge der Franzosen von Charleroi in einem Dorfe wegen völliger Erschöpfung zurückgelassen werden mußte und dem dortigen Bürgermeister zur Pflege übergeben wurde. Seitdem wurde nichts mehr von ihm gehört. Jetzt hat sich herausgestellt, daß der verwundete Zuave noch an demselben Abend von dem Bürgermeister und zwei Mitgliedern der Gemeindeverwaltung in der Marne ertränkt wurde und zwar angeblich aus Furcht, die nachdringenden Deutschen könnten die Gemeinde die Beherbergung des verwundeten Soldaten entgelten lassen. Da das ganze Dorf mehr oder weniger Zeuge der grausamen Tat war, so blieb die Untat nicht verborgen, und nach Beendigung des Krieges wurde eine Untersuchung eingeleitet. In ihrem Verlauf hat der Bürgermeister Selbstmord verübt. Die französische Presse wirft den Behörden vor, daß sie den Fall absichtlich verschleppt und die Oeffentlichkeit bis jetzt in Unkenntnis der Vorgänge gehalten habe. Angesichts der Verhandlungen vor dem Reichsgericht gegen den General Stenger verdienen diese französischen Kriegsverbrechen doppelte Beachtung.

Nachrichten vom Wolffbüro.

Vernichtet.

Mtb. **London**, 1. Juli. Heut wurden die letzten ehemaligen deutschen Unterseeboote vernichtet, darunter „U-Deutschland".

Ansprache des Reichskanzlers am Oberschlesier-Hilfstage.

WTB. **Berlin**, 3. Juli. Der Abschluß des heute in ganz Deutschland begangenen Hilfstages für Oberschlesien bildete eine große Versammlung in der Philharmonie, zu der der Reichspräsident, der Reichskanzler, der Minister des Aeußeren, Dr. Rosen und zahlreiche Spitzen der Behörden und der Gesellschaft erschienen waren. Nach musikalischen und rezitatorischen Darbietungen erster Künstler ergriff aus der Mitte der Zuhörer der Reichskanzler das Wort zu einer Ansprache: Herr Reichspräsident! Werte Versammlung! Es ist wahrhaftig eine Vermessenheit, inmitten des Kranzes von Reden und Liedern einige politische Bemerkungen einzuflechten, was doch soll es geschehen. Nicht nur hier in Berlin, sondern im ganzen deutschen Vaterlande wird heute zugunsten Oberschlesiens ein Opfertag gefeiert. Es ist nur ein Tag, der rollt bald dahin in das Meer der Vergessenheit, aber Oberschlesien selbst hat nicht nur einen Tag des Opfers hinter sich, Wochen, Monate, Jahre der schwersten Opfer hat die oberschlesische Heimat getragen in einer Art, die würdig ist der großen Opfer, die das ganze deutsche Volk seit Beginn des Weltkrieges ertragen hat. Unser ganzes Volk weiß, was Opfer heißt. Alle wissen es wohl in meiner Schwarzwälder Heimat bis ins kleinste Dorf hinein. Wir haben unendlich viel geopfert und verloren, wir Deutsche, aber nicht alles; noch haben wir Güter gerettet des kostbarsten Inhalts. Wir haben bis jetzt gerettet die staatliche und die wirtschaftliche Einheit unseres Vaterlandes, dieses kostbare Gut, das Erbe aus einer großen, aus einer ehrwürdigen geschichtlichen Vergangenheit, das wir heilig halten wollen, bis wieder der Tag der Freiheit kommt und eine Stunde dem deutschen Volke schlage, wo man die Worte Glück und Wohlwollen des deutschen Volkes wieder über die Lippen lassen kann. Dieser große Kampf des Volkes, des 60 Millionen-Volkes, trägt gewiß dauernd die Narben, geschlagen auf hundert Schlachtfeldern, geschlagen in bitterster Not, da die Lebensmittel in Deutschland zur Neige gingen. Aber dieser Volkskampf trägt noch zwei blutige Wunden. Am Rhein ist jene eine Wunde, die unser wirtschaftliches Mark vielfach zerschnitten hat; dort lassen noch, trotz der Annahme des Ultimatums, die sogenannten Sanktionen, Oberschlesien ist die zweite große Wunden. Sie könnte heilen, sie könnte geschlossen werden, es könnte ein Ende gefunden werden in dem blutigen Morden, in dem Raub, dem Zerstören von Dörfern, dem Niederbrennen altehrwürdiger Schlösser, wenn jener Gedanke lebendig würde, der das Streben aller Völker, aller Kulturstaaten war, der Gedanke, daß nicht Macht sondern Recht allein das unglückliche Europa wieder aufrichten kann. (Beifall.) Macht allein kann niemals die Welt regieren. Der Machtgedanke hat Europa in Schutt und Trümmer gelegt. Die oberschlesische Frage ist mehr geworden als nur ein Objekt der Geheimdiplomatie. Sie ist in gewissem Sinne auch eine Frage für die ganze Welt. Ist es etwa nur Rauch und Schall, daß Gerechtigkeit das Ziel des europäischen Krieges und seines Friedensschlusses sein sollte und daß die Völker nicht wie Schachfiguren verschoben werden sollten. Soll das demokratische Prinzip der Selbstbestimmung der Völker nur auf dem Papier stehen? Ist alles Schall und Rauch, was das oberschlesische Volk gesprochen hat, das sich laut zu Deutschland bekannt hat. Glaube jemand, daß Europa zur Ruhe kommen kann, wenn dieser Geist des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes verloren gehen sollte. Man hat gesagt, laßt die oberschlesischen tapferen Männer, die ihrer Heimat Schutz geboten haben, im blutigen Ringen, im letzten Verzweiflungskampfe für ihre heimatliche Erde fechten. Wir haben abgewehrt und gesagt, das Schicksal des Landes werde in der großen internationalen Politik in London, Paris, Rom und Washington entschieden werden. Dieses Opfer der Geduld, der Engelsgeduld, das Oberschlesien erwiesen hat, zeigt, daß es mit uns verkettet ist nicht nur durch natürliche Interessengemeinschaft, sondern durch das höchste, die Liebe zur Heimat.

WTB. **Berlin**, 3. Juli. Beim großen internationalen Sportfest im Berliner Stadion fand heute in Gegenwart der oberschlesischen Vereine eine Riesenkundgebung für die heute im ganzen Reich veranstaltete Hilfsaktion zugunsten Oberschlesiens statt. Ministerpräsident Stegerwald im Namen der Reichsregierung, des Ministerpräsident Stegerwald im Namen Preußens das Wort, um Not und Leid in Oberschlesien zu schildern. Sie weisen darauf hin, daß die Nation den von der J. K. im Stiche gelassenen Oberschlesiern durch freiwillige Opfer jetzt zu Hilfe kommen müsse. Das Reich könne augenblicklich nicht eingreifen, da die J. K. die Regierungsgewalt in Oberschlesien zu treuen Händen übergeben worden sei. Das Reich werde zu Hilfe kommen, wenn die oberschlesischen Verhältnisse geregelt seien.

WTB. **Berlin**, 3. Juli. Beim heutigen internationalen Sportfest im Stadion zogen um 6¾ Uhr in einer Riesenkundgebung die oberschlesischen Vereine auf, um für das Deutschtum Oberschlesiens zu zeugen. Vor einer tausendköpfigen Zuhörermenge, die im Halbrund die Stadions versammelt war, ergriff Bizekanzler Bauer im Namen der Reichsregierung und Ministerpräsident Stegerwald im Namen Preußens das Wort, um Not und Leid in Oberschlesien zu schildern. Das Hoch auf das deutsche Oberschlesien, das Ministerpräsident Stegerwald ausbrachte, wurde mit ungeheurer Begeisterung aufgenommen. Darauf sang die versammelte Menge „Ich hab' mich ergeben" und „Deutschland, Deutschland über alles". In feierlichem Zuge traten darauf die Oberschlesier aus der Arena. Kein Teilnehmer wird sich des starken Eindrucks der Kundgebung entzogen haben.

Unser unglückliches Oberschlesien immer noch in schwerer Gefahr.

Die polnischen Räuber rüsten für einen neuen Angriff.

Die „Schles. Ztg." schreibt:

Auf Anraten Le Ronds hat Korfanty, der Heuchler, auns Rückzug geblasen. Es tritt immer mehr zutage, daß das ganze Räumungsabkommen keinen anderen Erfolg hat, als den, daß der deutsche Selbstschutz aus seiner Verteidigungsstellung hinausmanövriert worden ist und die polnischen Banden sich nun ungestört und leichter zum neuen Aufstand formieren können. Daß die Polen die ganze Räumungsaktion nur als Kampfpause auffassen, geht erneut aus nachstehender Meldung eines Berliner Blattes über die Vereidigung der polnischen Banden für den neuen Aufstand hervor:

Wie ernst es den Polen mit der Räumung des Aufstandsgebietes ist, ergibt sich aus ihren Vorbereitungen für weitere Gewalttaten, wenn die Entscheidung über Oberschlesien nicht ihren Wünschen entsprechen sollte. Am 29. Juni fand am Sitz des Stabes der Insurgentenarmee in Bielschowitz ein Feldgottesdienst statt, zu dem ein Geistlicher aus Sosnowiec herbeigeholt worden war. Nachdem dieser die Erfolge der Insurgenten gerühmt hatte, nahm er den Anwesenden den Eid ab, daß sie, falls wieder der Ruf zu den Waffen ertönen würde, diesem Rufe unbedingte Folge leisten müßten. Es wäre damit zu rechnen, daß nach der Entscheidung über das oberschlesische Schicksal dieser Ruf an sie ergehen würde, und sie müßten sich in vollster Bereitschaft halten. Auf den gleichen Ton sind die Pläne abgestimmt, die der Stab für die nächste Zukunft gefaßt hat. Er wird sich in den nächsten Tagen über Myslowitz nach Szcalowa begeben, dort in vollster Bereitschaft zusammenbleiben und weiterhin seine Besoldung beziehen.

Die polnischen Banden haben bereits ihre Tätigkeit in dem geräumten Grenzgebiete wieder aufgenommen.

Aus **Oppeln**, 4. Juli wird berichtet: Die von den Polen stark durchsetzten Dörfer Tautschau, Rexitz, Mitschau und Boitschow sind ohne alliierten Schutz. Verschiedene Truppen sind zwar durch diese Orte gekommen, haben aber ihre keinen längeren Aufenthalt genommen. Das haben sich die Polen zunutze gemacht und sind in der bisherigen Stärke und ebenso bewaffnet wieder in die genannten Dörfer eingedrungen. Sie terrorisieren wieder die deutsche Bevölkerung und brandschatzen in der alten Weise. Aus Boitschow im Kreise Gleiwitz wird gemeldet, daß am Sonntag Morgen zwischen 4 und 5 Uhr eine Insurgentenbande unter Führung des berüchtigten Banditenführers Ulschka die Familie Jeglorz, die während des Aufstandes geflüchtet und jetzt nach der sogenannten Räumung zurückgekehrt war, überfallen und ausgeraubt hat. Hierbei wurde der Sohn Johann Jeglorz erschossen und ein zweiter Sohn schwer mißhandelt. Die zurückgekehrten Insurgenten erklären offen, daß sie die Weisung hätten, den vierten Aufstand vorzubereiten.

Aus den Kreisen Ratibor und Rybnik laufen ähnliche Nachrichten ein. Ueberall kehren die polnischen Banden in die Dörfer zurück und lassen ihre Wut hauptsächlich an den Familien aus, die im Vertrauen an die Säuberungsaktion und die Sicherheitsversprechungen der Interalliierten Kommission in ihre Heimstätten zurückkehrten. Am Montag Morgen wurde Schymotschütz, das bereits am 1. Juli von den Insurgenten geräumt sein sollte, von polnischen Banden beschossen. Die deutsche Abwehr mußte das Dorf schleunigst verlassen, um nicht in die Hände der Insurgenten zu fallen. Die hier auftretenden polnischen Banden sind mit Maschinengewehren, Handgranaten und Gewehren gut bewaffnet.

Wie aus Jankowitz gemeldet wird, liegt dort eine Kompagnie Insurgenten in Stärke von 60 bis 80 Mann. Sie wird unterstützt durch polnische Abo-Beamte. In den Wäldern von Symotschütz, Jankowitz und Klein-Rauden wimmelt es von Insurgenten, die sich am Tage ruhig verhalten, in der Nacht jedoch die Dörfer überfallen, ein Kesseltreiben auf die Deutschen veranstalten, sie berauben und dann verschwinden.

In Summer, Kreis Rybnik, fand am Sonntag Abend zwischen 6 und 7 Uhr die Insurgenten wieder eingerückt.

Aus Hindenburg wird gemeldet, daß die Insurgenten in der letzten Nacht den von Hindenburg nach Kattowitz fahrenden Personenzug angehalten haben. Sämtliche männlichen Personen wurden aus dem Zuge herausgeholt. Ein Teil von ihnen wurde verschleppt. Am Sonnabend wurden aus einem von Morgenrot nach Kattowitz fahrenden Zuge 30 Männer von polnischen Insurgenten verhaftet.

Nach Aussagen der Flüchtlinge wollen die Polen Dienstag den Kampf wieder aufnehmen. Die Haltersoldaten sind bis zum 17. d. Mts. „beurlaubt". Die Engländer und Franzosen haben Loslau wieder geräumt. Die Italiener standen schon wiederholt im Kampfe mit den Insurgenten; letztere sind immer noch voll bewaffnet, doch zeigen sie sich nicht in geschlossenen Formationen. Nachts überfallen sie deutschgesinnte Leute und verschleppen sie an die polnische Grenze.

In Gleiwitz sind im Laufe des Montags Hunderte von Flüchtlingen aus Friedenshütte eingetroffen. Sie mußten aus ihrem Heimatsorte flüchten, weil die Insurgenten bei ihrem Umzuge die Bewohner in großer Zahl mitschleppten. In der nächsten Umgebung von Gleiwitz, im Labander Walde, wurden Telegraphenarbeiter am Sonnabend abend von Insurgenten beschossen. In Laband hält sich eine größere Anzahl Insurgenten auf, sodaß von einer Räumung garnicht gesprochen werden kann.

Der in Königshütte wohnhafte Redakteur der „Ostdeutschen Morgenpost" Fischer ist von Insurgenten auf dem Bismarkring verhaftet und nach Schoppinitz verschleppt worden.

Von dem Wortbrecher Korfanty war von Anfang an nichts anderes zu erwarten. General Le Rond hat aber durch die Unterzeichnung des Abkommens die Ehre der von der Interalliierten Kommission verteilenen Mächte von neuem engagiert. Von ihm hätte man annehmen müssen, daß er nun die Kraft zeigen würde, das gegebene Versprechen einzulösen. Der Amnestieerlaß Korfantys Mordbanden, die französische Begünstigung der polnischen Waffenverschiebungen und die weitere Energielosigkeit der Le Rond unterstehenden Ententetruppen zeigen allerdings, daß Le Rond auch weiterhin mit seinem Freunde Korfanty Hand in Hand arbeiten will. Bezeichnend ist auch, daß die Interalliierte Kommission mitteilt, die polnischen Insurgenten hätten sich am 2. und 3. d. M. vorschriftsmäßig zurückgezogen.

Der Zugverkehr mit Oberschlesien versuchsweise aufgenommen.

Kattowitz, 2. Juli. Die Eisenbahndirektion teilt mit: Der Eisenbahnverkehr ist mit dem heutigen Tage früh aufgenommen worden. Die Vorbereitungen dazu waren in den letzten Tagen schon getroffen. Insbesondere wurde die Strecke Hindenburg—Gleiwitz—Peiskretscham—Oppeln mehrmals befahren, um zu sehen, ob der Zeitpunkt der Wiederaufnahme des Verkehrs nicht verfrüht sei. Ein neuer Fahrplan war schon lange fertig. Nach diesem konnte Freitag früh der erste Zug abfahren. Die Züge sind ungefährdet durchgekommen und waren durchweg stark in Anspruch genommen. Es ist zu erwarten, daß die große Reiselust noch mehrere Tage anhalten wird. Als Ausweis gilt die Legitimationskarte. Sobald die Räumung des Gebietes um Kattowitz erfolgt ist, wird auch der Zugverkehr von hier aus sofort einsetzen. Die zurzeit in Gleiwitz weilende Oberbetriebsleitung fährt dann nach Kattowitz zurück. Die Zentrale der Leitung liegt dann wieder in der Eisenbahndirektion Kattowitz.

Wie von seiten der Eisenbahndirektion Kattowitz mitgeteilt wird, wurde das gesamte Personal dahin verständigt, sich am Montag zur Wiederaufnahme des Dienstes bereit zu halten, da Aussicht vorhanden ist, den Verkehr bereits an diesem Tage in vollem Umfange aufzunehmen.

Ratibor, 4. Juli. Der D-Zug Ratibor—Breslau, der gestern nachmittag hier abgegangen ist, mußte von Rensa wieder nach Ratibor zurückkehren, da er bei Summin von Insurgenten beschossen wurde, die dort ihre Tätigkeit wieder aufgenommen haben. Summin ist noch immer ein Hauptstützpunkt der Insurgenten.

Immer noch fortgesetzte Unsicherheit in Oberschlesien.

Beuthen, 2. Juli. Der aus Posen gebürtige Leiter der oberschlesischen Schmalspurbahn Bezjinski ist unter Mitnahme bereitgestellter Lohngelder abgereist. Da infolgedessen die Zahlung der Löhne nicht stattfinden konnte, haben die Angestellten der Schmalspurbahn Roßberg die Arbeit niedergelegt. Im benachbarten Deutsch-Piekar ziehen seit den frühen Morgenstunden Hallersoldaten und Insurgenten über die polnische Grenze ab. Vielfach werden waffenfähige Leute, auch Deutsche, mit Gewalt über die Grenze gebracht, um in Polen zum Heeresdienst ausgebildet zu werden.

Kattowitz, 2. Juli. In der verflossenen Nacht wiederholten sich in gewissen Zeitabständen die wilden Schießereien aus dem Belagerungsringe. Es blieb aber lediglich bei Gewehrfeuer.

In mehreren Orten des Kreises ist starker Mangel an Brotmehl eingetreten. Auf Karten wurde vielfach nur die Hälfte der Mehlmenge ausgegeben, das zudem noch mit Kastanienmehl gemischt war. Das Pfund Mehl kostet 3,60 Mark, ein Brot 40 Mark.

Freude über das Ende der polnischen Wirtschaft.

Breslau, 2. Juli. Nachrichten aus den von den Polen verlassenen oberschlesischen Gebieten stimmen darin überein, daß die Gesamtbevölkerung einschließlich der kulturell höher stehenden polnischen Schichten aufatmet, daß die polnische Wirtschaft ein Ende hat. Selbst aus demstark polnischen Kreise Rybnik werden Beschlüsse rein polnischer Betriebsräte gemeldet, die sich für die Unteilbarkeit Oberschlesiens und gegen seine Zuteilung an Polen aussprechen. Aehnliche Nachrichten kommen auch aus dem Kreise Beuthen. Weitere Meldungen aus Oberschlesien bestätigen die unerhörten Räubereien und Erpressungen, die die Polen bei ihrem Rückzug verüben. Im Kreise Kattowitz nehmen die Polen alles mit, was sie zusammentreffen können, ohne daß sie daran gehindert werden. Auch berichten die Polen weiter gegen die bedrückte Bevölkerung die schlimmsten Mißhandlungen. Fast in jedem Orte verschleppen sich Prügelstationen, in denen die oberschlesische Bevölkerung alt, jung, Mann oder Frau, in grausamer Weise gefoltert wird.

Nachrichten des Grenzlanddienstes des V. B. Z.

Die schwarze Schande an der deutschen Frau.

Gld. **Frankfurt a. M.**, 4. Juli. Die Anwesenheit farbiger Truppen im Rheinlande hat ein erschreckendes Umsichgreifen der Geschlechtskrankheiten zur Folge gehabt, da die angesteckten weiblichen Personen die Seuche im großen Maße auch auf die Besatzungsarmee ausdehnten, haben sich schon vor längerer Zeit die britischen, belgischen und amerikanischen Militärbehörden veranlaßt, Abwehrmaßnahmen gegen diese geschlechtlichen Krankheiten zu treffen. Jetzt ist auch der kommandierende General der französischen Rheinarmee mit einer entsprechenden Verordnung in den Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten eingetreten, die in der französischen Armee einen besonders großen Umfang angenommen haben. Diese Verordnung überträgt die Verantwortung für die Durchführung der betreffenden Bestimmungen den deutschen Behörden, die jedoch der Kontrolle der französischen Militärbehörden unterstehen. In jeder Gemeinde muß ein deutscher Spezialarzt bestimmt werden, der die erforderlichen Untersuchungen usw. vorzunehmen hat. Auf die Größe der Gefahr der Ansteckung durch die farbigen Soldaten ist schon vor Jahren aufmerksam gemacht worden. Die Militärbehörden haben jedoch die Warnungen nicht beachtet, vielmehr wurde durch sie die Ausbreitung der Seuche dadurch indirekt begünstigt, daß sie die zügellose Ausschweifung ihrer Soldaten nicht eindämmten. Bekannt ist auch die Tatsache, daß die französischen Militärbehörden in jeder Garnison ein oder mehrere öffentliche Häuser einrichteten, die jedoch ohne genügende Ueberwachung blieben. Für diese Einrichtungen müssen die Gemeindeverwaltungen kostenlos die entsprechenden Räume zur Verfügung halten.

Die Rheinländer wollen keine Abgliederungsabstimmung.

Gld. **Köln**, 2. Juli. Am 9. Juni d. J. faßten bekanntlich die politischen Parteien des Rheinlandes in einer gemeinsamen Tagung in Königswinter den Beschluß, bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß für die Zeit der Besetzung im Rheinlande keine Abstimmung im Sinne des § 18 der Reichsverfassung stattfindet. Auf diesen Beschluß kommt die Zeitungskorrespondenz „Das Rheinland" zurück mit Rücksicht auf die zur Zeit beim Reichsministerium des Innern mit den Reichstagsfraktionen geführten Verhandlungen über eine stillschweigende Verlängerung der im Artikel 167 vorgesehenen Sperrfrist für diese Abstimmung. Die Korrespondenz meint, es sei dringend erwünscht, wenn die maßgebenden Berliner Instanzen an dem Beschluß der Partei des Rheinlandes, der einmal gefaßt und festgehalten, sich halten würden, insbesondere, da die Sonderbündler am Rhein neue Vorstöße unternehmen. Ihnen und ihren Hintermännern müsse mit aller Deutlichkeit gezeigt werden, daß sie nur ein winziges Häuflein seien und kein Recht hätten, im Namen der Rheinlande zu sprechen. Vertreter der Rheinländer in politischen Dingen sind die politischen Parteien, welche am 9. Juni in Königswinter getagt haben. Auch die Kommunisten erklären nochmals, daß sie jede Loslösungsbestrebungen bekämpfen.

Opfer der Entente. Der Haß der Belgier gegen die armen deutschen Kinder.

Gld. **Essen**, 2. Juli. Wie vor kurzem gemeldet wurde, hat die belgische Besatzungsbehörde in Duisburg die Beschlagnahme der Kessel

für die Kinderspeisung verfügt und trotz dringender Eingabe diese Verfügung nicht aufgehoben. Wie dringend notdürftig eine bessere Ernährung der Kinder im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, wie sie durch die Quäkerspeisung angestrebt, durch die Beschlagnahme der Kessel aber verhindert wird, sei, beweisen die Feststellungen der Duisburger Schulärzte und des Duisburger Instituts. Denn es sind die Kinder im Alter bis zu 14 Jahren im Wachstum um 8 bis 9 cm und im Gewicht um etwa 10 % hinter normal entwickelten Kindern und in der Gesamtentwickelung um rund zwei Jahre zurückgeblieben. Wenn man diese Feststellungen berücksichtigt, kann das Verhalten des belgischen Stadtkommandanten nicht barbarisch genug bezeichnet werden. Die Bergleute der Warme-Zeche haben in Berücksichtigung des außerordentlich schlechten Gesundheitszustandes der Kinder des Ruhrgebietes beschlossen, eine Sonderschicht für das „Hilfswerk für unsere Kinder" zu verfahren, damit möglichst viele Kinder in Wäldern und Sommerfrischen zur Stärkung ihrer Gesundheit untergebracht werden können.

Belgische und französische Sittlichkeitsverbrechen.

Gld. **Coblenz**, 4. Juli. Der traurige Ruhm, den die farbigen französischen Soldaten im besetzten Gebiet sich erworben haben, scheint den belgischen und französischen Soldaten weißer Hautfarbe keine Ruhe zu lassen. Besonders in den infolge der Sanktionen besetzten Gebieten macht sich in den letzten Tagen eine derartige abscheuerregende Zunahme der Sittlichkeitsvergehen französischer und belgischer Soldaten bemerkbar, daß es notwendig erscheint, wenigstens einen Teil der bisher amtlich festgestellten Fälle zur Kenntnis zu bringen. Besonders aber fordert die Haltung der in Köln erscheinenden englischen Armeezeitung, die sich auch in den Dienst der französischen Propaganda zur Ablegung der schwarzen Schmach und der Uebergriffe französischer Soldaten gestellt hat, geradezu diese Veröffentlichungen heraus. Die Cologne Post sucht ebenso wie die gesamte französische Presse nachzuweisen, daß alle Greuelmeldungen erfunden sind. — In den letzten sechs Tagen sind folgende Verbrechen im Regierungsbezirk Düsseldorf amtlich festgestellt worden: Eine 17jährige Verkäuferin aus Düsseldorf, die mit ihrem Bräutigam am Rhein spazieren ging, wurde 200 Meter unterhalb der Rheinbrücke von drei belgischen Soldaten ihrem Bräutigam entrissen, in ein nahegelegenes Wäldchen geschleift und dort von allen drei Soldaten vergewaltigt. In Wiesdorf, Regierungsbezirk Düsseldorf, wurde eine 19jährige Kontoristin Anna W. am hellen Nachmittag auf dem Nachhauseweg von ihrem Büro beim Passieren des Reuschenberger Waldes von einem französischen Soldaten weißer Hautfarbe überfallen und vergewaltigt.

Die Gefahren der Fremdenlegion.

Gld. **Berlin**, 4. Juli. Die Werbungen für die Fremdenlegion sind von den französischen Militärbehörden im besetzten Gebiet neuerdings wieder in großem Umfange vorgenommen worden und werden jetzt ganz unverhüllt betrieben. Es ist sogar vorgekommen, daß Leute auf der Straße angehalten worden sind. Auf der Kommandantur in Duisburg erfolgte in den letzten Tagen die Aufnahme von durchschnittlich 10 bis 15 jungen Leuten. Mit erhöhtem Nachdruck muß daher in der Oeffentlichkeit auf das traurige Los hingewiesen werden, welches die Fremdenlegionäre erwartet. Aufgabe der Eltern und Erzieher bleibt es, durch entsprechende Aufklärung dahin zu wirken, daß nicht wertvolle Kräfte des deutschen Volkstums im Dienst eines fremdstaatlichen Militarismus weiter vergeudet werden.

Zum Friedensschluß mit Amerika.

Berlin, 4. Juli. Der Friedensschluß mit Amerika und das amerikanische Nationalfest wurden heute von der hiesigen amerikanischen Kolonie in sehr sinniger Weise gefeiert. Heute morgen um acht Uhr fuhren vor dem Denkmal Friedrichs des Großen drei mit Amerikanern besetzte Automobile vor. Die Amerikaner legten an dem Denkmal Friedrichs des Großen zwei Kränze nieder. Der eine Kranz trug eine große schwarz-weiß-rote Schleife und eine Schärpe mit dem Sternenbanner. Der andere Kranz hatte ebenfalls eine Schleife mit dem Sternenbanner, auf der die Worte standen: Dem Freunde Amerikas von einem dankbaren Amerikaner.

Aus Anlaß der Unterzeichnung des Friedensvertrages, die der amerikanischen Handelskammer in Berlin heute telegraphisch mitgeteilt wurde, wurde heute auf dem Gebäude der amerikanischen Handelskammer zum ersten Male nach vierjähriger Pause die amerikanische Flagge gehißt.

Zur Bekämpfung des Alkoholismus.

Berlin, 2. Juli. Im Ausschuß des Reichstags für Bevölkerungspolitik wurde von einem Vertreter der Regierung mitgeteilt, daß ein Gesetzentwurf zur Bekämpfung des Alkoholismus in Vorbereitung sei. Ein deutschnationaler Antrag, der die Reichsregierung u. a. ersucht, mit den Ländern in Verbindung zu treten, um dem Alkoholhandwehen von Bars, Diesen, Likörstuben und sogenannten Familienrestaurants in den oberen Stockwerken schonungslos entgegenzutreten, wurde einstimmig angenommen.

Die verschärfte Kohlenknappheit.

MTB. Der preußische Handelsminister Fischbeck hat am 28. Juni im Hauptausschuß des preußischen Landtages eine bevorstehende Verschärfung der Kohlenknappheit angekündigt. In der Tat sind bereits in ost- und mitteldeutschen Gas- und Elektrizitäts-Werken erhebliche Betriebseinschränkungen vorgenommen worden. In vielen Gegenden werden den Gasanstalten nur 60 Prozent des bereits eingeschränkten Kohlenkontingents überwiesen. Die Kohlenbestände bei den Reichseisenbahnen sind erheblich zurückgegangen. Ferner herrscht Mangel an Bunkerkohle und auf den Binnenwasserstraßen liegen zahlreiche Schleppkähne still. Der Hauptgrund hierfür ist der Ausfall der oberschlesischen Kohle. Die verschärfte deutsche Kohlenknappheit hat die Reparationskommission nicht gehindert, auch für den Monat Juli 2,2 Millionen Tonnen deutscher Ruhrkohle anzufordern. Besondere Schwierigkeiten machen die Sortenfrage, da die mitteldeutsche Braunkohle den oberschlesischen Ausfall nicht überall decken kann und die Lieferung von Ruhrkohlen nach Ostdeutschland verkehrstechnisch erhebliche Schwierigkeiten bereitet. Hat die Kohlenerzeugung im Ruhrgebiet infolge der Unruhen im April und Mai einen fühlbaren Rückgang erfahren, so weist die Braunkohlenförderung in Mitteldeutschland ganz erfreuliche Ziffern auf. Im Jahre 1920 hat sich die Förderung von 17,3 Millionen Tonnen im ersten Trimester auf 20,8 Millionen Tonnen im vierten Trimester gehoben. Trotz der Unruhen im März dieses Jahres hat die Braunkohlenproduktion im ersten Vierteljahr 1921 nur einen Rückgang auf 20,2 Millionen Tonnen erfahren. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Industrie, Landwirtschaft und Verkehr in Deutschland eingeschränkt werden müssen, wenn nicht ohne jeden Verzug die oberschlesischen Kohlenlieferungen nach Deutschland wieder aufgenommen und die Ruhrkohlenablieferungen ermäßigt werden.

Frankreich und Belgien, die Hauptinteressenten bei den deutschen Kohlenlieferungen haben inzwischen ausreichende Vorräte ansammeln können, um Deutschland die zur Ableistung der Reparationsverpflichtungen unentbehrlichen Kohlenmengen belassen zu können. Am 4. Juli soll auch endlich der britische Kohlenarbeiterstreik, der seit drei Monaten tobt, sein Ende finden. In den letzten Tagen sind über bevorstehende oberschlesische Entscheidungen recht bedenkliche Nachrichten verbreitet worden. Es verlautet, daß England geneigt sei, die „Sforza-Linie" als deutsch-polnische Grenze zu wählen. Damit würde der größte Teil des Industrie- und Kohlengebietes den Polen überlassen werden. Der Verlust Oberschlesiens und seiner Kohlenschätze würde das gesamte in Ausarbeitung begriffene Reparationsprogramm über den Haufen werfen. Bei der Entscheidung der Oberschlesischen Frage — die nach den neuesten Meldungen zwischen dem 15. und 20. Juli fallen soll, — und bei den Ansprüchen an das Ruhrgebiet sollten die Verbandsmächte sich stets vor Augen halten, daß die erste Voraussetzung für eine Erfüllung der deutschen Reparationsverpflichtung die Sicherung des deutschen Kohlenbedarfes ist. Wenn schon im Sommer mit seinem mäßigen Kohlenbedarf Knappheit eintritt, so wird im Winter schwerer Mangel eintreten und uns außer Stand setzen, unsere Wirtschaft voll in Betrieb zu nehmen und mit einiger Aussicht auf Erfolg an die Bewältigung des Reparationsprogramms heranzugehen.

Notstandsarbeiten in Gaswerken.

Von Dipl.-Ing. Rudolf Barkow, Charlottenburg.

In Gaswerken ist es, bleibt mehr noch als in Elektrizitätswerken, wichtig und zwar „lebenswichtig", daß die Notstandsarbeiten über die das Werk selbst betreffenden Notstandsarbeiten ausgedehnt werden und zwar aus besonderen betriebstechnischen Gründen: Der Betrieb aller Gaserzeugungsöfen erfolgt bei hoher Temperatur. Die Baustoffe, aus denen die Oefen bestehen, sind Chamotte und hochfeuerfeste Steine, deren Festigkeit nicht besonders hoch ist, und die deshalb durch Temperaturwechsel bedingte Spannungsveränderungen nur ertragen, wenn sie sehr langsam erfolgen. Wenn also Gaserzeugungsöfen kalt werden, so gehen sie ganz oder teilweise zu Bruch und müssen neu aufgebaut werden. Ein Gaswerk, dessen Oefen kalt geworden sind, ist deshalb lange Zeit ganz unbrauchbar, und wenige Tage schlechter oder unterlassener Behetzung berauben oft auf Wochen und Monate das Versorgungsgebiet der Gasversorgung.

Wenn die Apparate der Gaswerke und das Rohrnetz nicht jederzeit unter einem gewissen Gasdruck gehalten werden, der genügt, um das Eindringen von Luft in jeder Stelle mit Sicherheit zu verhindern, so besteht eine große Explosionsgefahr, und damit sind Menschenleben gefährdet, Beschädigungen öffentlicher und privater Besitztümer verbunden, und es tritt unter Umständen eine wochenlange Unterbrechung der Gasversorgung schon bei kurzdauernder Vernachlässigung ein. Es genügt nicht, die Ofenanlagen warm zu halten, sondern es muß Gas produziert werden. Es ist hier nur daran erinnert, daß während des Generalstreiks im März 1920 im Stadtteil Moabit in Berlin Explosionen stattgefunden haben, die große Teile der Straßen in Sprengtrichter verwandelten, die Straßenbahn beschädigte, die Straßen und wochenlange Reparaturen notwendig machten, auch die Gasversorgung der fraglichen Straßen wochenlang verhinderten. Daß in diesem Falle keine größeren Beschädigungen an den Wohnstätten und keine Gefährdung von Menschenleben eingetreten sind, ist Zufallssache.

Bekanntlich werden heute in allen Orten, die eine Straßenbeleuchtung durch Gaslampen besitzen, diese dadurch gesichert, daß an jeder Lampe kleine Zündflammen angebracht sind, die nach Oeffnung des Gaszuflusses zur Lampe diese in Funktion setzen. Diese Flammen brennen ununterbrochen, solange der Druck im Rohrnetz nicht unter ein gewisses Maß sinkt. Geschieht dieses, so verlöschen sie und bilden nun eine undichte Stelle, durch die Luft eintreten kann. Weiter aber müssen bei Wiederaufnahme höheren Gasdrucks sämtliche Zündflammen von Hand neu entzündet werden. Welche Arbeit und welchen Zeitaufwand das bei einer auch nur einigermaßen ausgedehnten Straßenbeleuchtung verursacht, braucht hier nicht auseinandergesetzt zu werden. Der Verbrauch dieser Zündflammen muß also neben den Undichtigkeitsverlusten ebenfalls produziert werden. Schließlich kommt noch hinzu, daß an jeder Verbrauchsstelle, die nicht öffentlicher Bedienung und Aufsicht untersteht, immer wieder versucht werden wird, Gas zu entnehmen, auch wenn durch noch so viele Bekanntmachungen und Verbote davor gewarnt und mit Strafen gedroht wird. Das bringt auch einen Dauerverbrauch, der die eben behandelten Verluste nicht unbeträchtlich erhöht und unter allen Umständen durch Produktion ausgeglichen werden muß, wenn nicht Schäden durch Entleerung des Rohrnetzes und Eintreten von Luft eintreten sollen.

Lokales.

?? Namslau, 5. Juli. (**Der Provinzialausschuß**) hielt am Dienstag, den 28. Juni, eine Sitzung ab, die der Vorsitzende Fürst von Dagsfeld-Trachenberg leitete. Als Vertreter der Staatsregierung nahm an derselben teil der Oberpräsident der Provinz Niederschlesien, Zimmer. Es wurden u. a. Baubilfsgelder für den Bau von Straßen und Brücken an die Kreise Breslau und Ohlau bewilligt. Dem Deutschen Verein für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege in Berlin wurde eine Beihilfe bewilligt, ebenso erhielt der Schlesische Bund für Heimatschutz in Breslau eine solche zur Deckung der durch die Ausstellung für Städtebau, Siedlungs- und Wohnwesen entstehenden Kosten. Genehmigt wurde die Erhöhung der Gebühren für die Abnahme elektrischer Anlagen im Bereiche des Provinzial-Elektrizitätswerks, Verträge und kleinere Bauleistungsarbeiten. Der Einspruch von 12 Stadtgemeinden gegen die Nachveranlagung zu Provinzialsteuern und Landarmenkosten für das Rechnungsjahr 1920 wurde zurückgewiesen. — Im Anschluß an die Sitzung fand die Wahl eines Mitgliedes und eines Stellvertreters der Provinz Niederschlesien für den Reichsrat durch die den Wahlkörper bildenden 10 Mitglieder des Provinzialausschusses, die der Provinz Niederschlesien angehören, in getrennten Wahlgängen statt. Bei der Wahl des ordentlichen Mitgliedes erhielten Oberpräsident a. D. Dr. von Guentzer und Oberpräsident Zimmer je 5 Stimmen. Es mußte daher durch das Los entschieden werden. Als gewählt gilt der Oberpräsident a. D. Dr. von Guentzer. In der Wahl zum Stellvertreter erhielten Staatssekretär a. D. von Hintze in Mittelsteine, Kreis Neurode, und Oberpräsident Zimmer ebenfalls je 5 Stimmen. Es mußte daher auch hier durch das Los entschieden werden. Als gewählt gilt Oberpräsident Zimmer. — Die nächste Sitzung des Provinzialausschusses ist für den 7. September in Aussicht genommen.

= (**Die Eisenbahndirektion Breslau**) hat zur Warnung des reisenden Publikums folgenden Hinweis erlassen: „In letzter Zeit wiederholt vorgekommene Unfälle von Reisenden, die dadurch entstanden sind, daß die Betreffenden in der Absicht, sich rechtzeitig einen Platz zu sichern, versuchten, auf elektrisierende Züge aufzuspringen und die Abteiltüren zu öffnen, bevor der Zug zum Stillstand gekommen war, geben uns Veranlassung, das reisende Publikum auf die mit einem solchen Verhalten verbundene Gefahr besonders hinzuweisen. Auch machen wir darauf aufmerksam, daß nach § 81 der Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung das Oeffnen der Wagentüren, das Ein- und Aussteigen, der Versuch oder die Hilfeleistung dazu, das Betreten der Trittbretter und Plattformen verboten ist, solange der Zug sich in Bewegung befindet. Wer diesen Bestimmungen zuwiderhandelt, wird nach § 82 obiger Ordnung wegen Bahnpolizeiübertretung mit Geldstrafe bis zu einhundert Mark bestraft, wenn nicht nach den allgemeinen Strafbestimmungen eine höhere Strafe verwirkt ist.

= (**Die Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie**) ist nicht nur die größte aller deutschen Lotterien, sondern auch die aussichtsreichste; denn bei ihr kommt nicht nur nahezu, sondern tatsächlich die volle Höhe aller Stammlose mit einem Treffer heraus. Ihr besonderer Vorzug aber besteht darin, daß sie bei der Umgestaltung ihres Spielplanes das Hauptgewicht auf den Ausbau der mittleren Gewinne — von 10 000 bis 300 000 Mark — gelegt hat. Dadurch besteht natürlich die Aussicht auf den Gewinn von Prämien in Höhe von 250 000 Mk. und 750 Mk. weiter. Die nächste Ziehung findet am 12. und 13. Juli statt, und es ist sicher, daß der neue Spielplan auch neuen Anreiz bringen wird.

= (**Alle Getreidearten**) weisen einen guten Stand auf. Wenn nicht etwa noch Hagelschäden eintreten oder die Ernte durch ungünstiges Wetter beeinträchtigt wird, so sind reiche Ernteerträgnisse zu erwarten, was nach den zum Teil recht unbefriedigenden Ernteergebnissen der letzten Jahre sehr zu wünschen ist.

= (**Amtseinführung.**) Nachdem die Regierung die Wahl des Herrn Lehrers Thienel—Damnar zum Lehrer an der hiesigen katholischen Volksschule bestätigt hat, erfolgte am 1. Juli seine Amtseinführung vor versammelter Klasse und in Gegenwart des Lehrerkollegiums durch Herrn Rektor Peter.

= (**Von der evangelischen Volksschule.**) In der vergangenen Woche unternahmen ältere Schülerinnen und Schüler aus verschiedenen Klassen der evangelischen Volksschule unter Führung von Lehrern einen Ausflug nach Breslau zum Besuch der Lutherfestspiele. Die Zeit bis zu Beginn der Aufführung benutzten die Herren Lehrer, den Kindern einige Sehenswürdigkeiten der Stadt zu zeigen. Entzückt von dem Gebotenen, kehrten die Ausflügler mit dem Abendzuge wohlbehalten nach Hause zurück.

= (**Personalnotiz.**) Herr Mittelschullehrer Joseph Liebr—Kattowitz — seit seiner vor kurzem erfolgten Rückkehr aus mehrjähriger russischer Gefangenschaft zu Alstadt im Elternhause — hat im Juni die Rektorprüfung bestanden.

Auszeichnung.

In Anerkennung ihrer Verdienste um die oberschlesische Sache hat Herr General Hoefer den Schlesischen Adler verliehen den Herren Arthur Heydemann, Wilhelm Nerlich, Walter Toebe, Erich Zimmer, Kurt Zindler.

*** **Das Verschieben von Briefen und Postkarten in Drucksachensendungen** bildet fortgesetzt die Ursache unliebsamer Briefverschiebungen und Briefverluste. Ungeachtet wiederholter Ermahnungen durch die Presse und trotz unmittelbarer Einwirkung der Postanstalten auf die Absender werden viele Drucksachensendungen leider immer noch in so mangelhafter Verpackung zur Post eingeliefert, daß sie leicht zu Fällen für kleine Sendungen werden. Als besonders gefährlich in dieser Beziehung erweisen sich, wie neue Feststellungen bestätigen, die häufig zur Versendung von Drucksachen benutzten offenen Briefumschläge, bei denen die Absender die am oberen Rand oder an der Seite vorhandene Klappe nach innen einschlagen. In den dadurch entstehenden Spalt verschieben sich unbemerkt Briefe, Postkarten usw., die dann in der Drucksache oft weite Irrfahrten machen. Im eigensten Interesse des Publikums muß eindringlich davor gewarnt werden, die Klappe solcher Umschläge nach innen einzuschlagen; viel besser ist es, die Klappe über die Rückseite des Umschlags lose überhängen zu lassen. Als recht zweckmäßig haben sich Umschläge bewährt, die an der Verschlußklappe einen zungenartigen Ansatz haben, der in einen äußeren Schlitz des Umschlags gesteckt wird. Sie sichern den Inhalt vor dem Herausfallen und verhindern das Einschieben anderer Sendungen; ihre möglichst ausgedehnte Verwendung ist im allgemeinen Interesse zu wünschen. — Verhältnismäßig häufig verschieben sich auch Briefe usw. in Zeitungen, die unter Streifband verschickt werden. Es ist dringend zu raten, die Streifbänder so fest wie möglich um die Zeitungen zu legen, nachdem diese umschnürt worden sind.

Die Einladung zu den deutschen Kampfspielen 1922

erläßt im Namen des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen und der in ihm vereinigten deutschen Turn- und Sportverbände der 1. Vorsitzende, Staatssekretär Dr. Lewald. Bei diesen alle vier Jahre wiederkehrenden Spielen sind alle Deutschen ohne Rücksicht der Staatsangehörigkeit als Teilnehmer und Zuschauer willkommen. Die Not der Zeit führt uns dazu, heute die alte Sehnsucht unserer Führer nach großen deutschen Kampfspielen zu verwirklichen. An dem von ihnen ausgehenden Einfluß soll die deutsche Jugend wieder gesunden. Jeder möge hierzu das Seine beitragen, auf daß Zeugnis gegeben werde von der unversiegbaren Kraft unserer Jugend, von dem unversiegbaren Quell der Liebe zur Heimat und Vaterland. In dieser Zuversicht ergeht die herzliche Einladung: Auf zu **den deutschen Kampfspielen nach Berlin!**

Höhere Knaben- und höhere Mädchenschule.

Mit dem 1. Juli d. Js. sind die städtische höhere Mädchenschule und die private höhere Knabenschule hierselbst staatliche Anstalten geworden. Als solche werden sie der ev. Volksschule als gehobene Klassen angegliedert. Diese unterstehen von nun an dem Leiter dieser Schule.

Die Angliederung ändert nichts an dem Charakter der Anstalten. Sie führen auch weiter wie bisher die Namen „höhere Knaben- und höhere Mädchenschule". In allen wissenschaftlichen Fächern werden die gehobenen Klassen von ihren eigenen Lehrern und Lehrerinnen unterrichtet. Nur im Zeichnen, Singen und Turnen nehmen sie an dem Unterricht der entsprechenden Altersstufen der ev. Volksschule teil. Das ist von großem Vorteil für die Schüler und Schülerinnen, weil sie da auch in Fächern, die gewöhnlich auf höheren Lehranstalten weniger gepflegt werden, eine tüchtige Ausbildung erhalten. Stimmliche, zeichnerische und allgemeine künstlerische Ausbildung werden aber in Zukunft eine viel bedeutendere Rolle bei der Bewertung menschlicher Bildung spielen als früher.

An den gehobenen Klassen wirken mit dem Leiter der ev. Volksschule 8 Lehrkräfte. Die 4 Damen der höheren Mädchenschule sind alle übernommen worden, die bisherige Leiterin Frl. Elise Janssen als Konrektorin. Von der höheren Knabenschule trat nur Herr Oberlehrer Bickert über. Mit dem Dienstantritt zum 1. Juli fandte die Regierung Herrn Lehrer Hanke an die Schule. Herr Hanke hat das Gymnasium zu Bunzlau absolviert, nach Besuch des Lehrerseminars zu Brieg die Lehrerprüfung daselbst abgelegt und auch bereits die II. Lehrerprüfung bestanden. Ferner ist zur Anstellung an der Schule nach Herr Studien-Assessor Trageser vom Gymnasium in Frankenstein in Aussicht genommen. Herr Trageser hat das Staatsexamen in Mathematik, Physik, Chemie und Mineralogie gemacht. Er wird voraussichtlich nach den großen Ferien sein Amt hierselbst antreten können.

Die Schule umfaßt die Klassen Sexta bis Unter-Sekunda. Jede Klasse gliedert sich in eine gymnasiale und in eine reale Abteilung. Jene beginnt mit Latein, diese mit Französisch. In Quarta tritt für die Gymnasiasten Französisch, in Unter-Tertia Griechisch hinzu. Die reale Abteilung hat von Unter-Tertia ab statt Griechisch Englisch. Es steht jetzt auch den Mädchen frei, gymnasiale Kurse mitzunehmen. Der Plan der realen Abteilung geht über den des Lyzeums hinaus und nähert sich mehr dem der Oberrealschule. Den Mädchen wird also eine **weitergehende** Bildung wie bisher zu teil. Gemeinsamen Unterricht haben die beiden Abteilungen, die gymnasiale und die reale, in Deutsch, Geschichte, Erdkunde, Rechnen, Mathematik und Naturwissenschaften. Hier haben die Gymnasiasten einen Vorteil, weil für diese Fächer auch der Lehrplan der Oberrealschule zugrunde gelegt werden mußte. Der Religionsunterricht wird zum größten Teile durch Geistliche in der vorgeschriebenen Stundenzahl erteilt.

Die gymnasiale Abteilung wird alljährlich zweimal vom Gymnasial-Direktor in Oels besucht werden. An diese Anstalt wird sie sich im Lehrplan und in den Lehrbüchern genau anschließen. Somit wird den Gymnasiasten der Uebergang ins Gymnasium zu Oels, zu dessen Besuch ja der Schülerzug weist, erleichtert werden. Eltern, denen es in erster Linie darum zu tun ist, ihren Kindern eine gute Schulbildung zuteil werden zu lassen, haben nun absolut keinen Grund mehr, dieselben vorzeitig anderweit unterzubringen. Gleichzeitig hat aber auch die Schule als staatliche Anstalt gar keine Veranlassung, hinter den Schülern herzulaufen. Sie wird sich über entgegengebrachtes Vertrauen freuen. Sie wird aber auch Mißtrauen oder gar Ablehnung seitens der Eltern als natürliche Erscheinung auffassen. Jedes menschliche Werk findet Zustimmung und Ablehnung. Ein jeder richtet sein Handeln darnach, wie er die Welt begreift. Etwas Gutes setzt sich durch. Alle Beteiligten aber — die staatlichen und städtischen Behörden und das Kollegium — gehen mit dem Glauben an ein Gutes und mit dem Eifer, der einer guten Sache würdig ist, ans Werk. Das **richtige** Urteil bleibt einer späteren Zeit vorbehalten.

Unter 2 Bedingungen hat die Regierung die Schule übernommen. Diese seien hier angeführt: 1. Schüler der Grundschule, denen nach Beschluß des Lehrkörpers eine weitergehende Bildung zu vermitteln ist und deren Eltern leistungsschwach sind, sind ohne Schulgeldleistung in die gehobenen Klassen zu versetzen. — Vorausgesetzt ist natürlich die Einwilligung der Eltern. 2. Das Schulgeld darf nicht mehr als die Hälfte der für höhere Lehranstalten festgesetzten Sätze erreichen.

Um dem Schulsystem auch äußerlich ein entsprechendes Unterkommen zu verschaffen, haben die städtischen Körperschaften einstimmig den Aufbau eines II. Stockwerks beschlossen. Es steht zu erwarten, daß das äußere Heim zu Beginn des neuen Schuljahres fertig sein wird.

Auf dem Gebiete der Schule stehen große Veränderungen bevor. Nicht etwa vorwiegend deshalb, weil sie allgemein innerlich als notwendig erkannt und anerkannt werden, sondern weil die Not dazu treibt, werden sie in Angriff genommen. Diese drängt ja zur Vereinfachung des Schulwesens. Den Städten und den Staaten wird es immer mehr unmöglich, die großen Ausgaben für höhere Schulen mit wenigen Kindern in den Klassen aufzubringen. Zusammenlegung von Knaben- und Mädchenschulen, Angliederungen, Umwandlungen usw. sind an der Tagesordnung. Vereinfachung schließt Gliederung und Individualisierung nicht aus, wie der Aufbau der hiesigen Schule zeigt. Namslau hat rechtzeitig getan, was viele Orte noch zu tun gedenken. Auf Namslau ist auch bereits öffentlich als wegweisend hingewiesen worden.

Vom Handwerk in alter Zeit.

Jeder, der in früheren Zeiten ins Handwerk eintrat, mußte durch einen sogenannten Geburtsbrief, den seine Obrigkeit ausstellte, den Nachweis seiner ehelichen und christlichen Geburt erbringen. In den Geburtsbriefen der Bäckerinnung zu Namslau, deren Urkunden bis zum 30. August 1598 zurückreichen, fehlt in keinem der Briefe der Hinweis, daß der Vorzeiger des Briefes „gutter teutscher Nation" war. Hieraus läßt sich entnehmen, daß die Innungen, sei es aus eigenem Antriebe, oder auf höhere Anordnung, nur Deutsche dem Handwerk zulassen durften. Diese Maßnahme wird verständlich, wenn man bedenkt, daß in unserer Gegend die Städte als Sitz des Handwerks meist von slavischen Dörfern umgeben waren. Durch fortwährende Aufnahme nur deutschen Nachwuchses erfuhr das Deutschtum der Städte die wünschenswerte Bereicherung und konnte sich gegen die slavische Umwelt behaupten. Wäre überall und immer so vorgegangen worden, so wären die Slawen im Osten mehr und mehr zurückgedrängt worden. Es empfiehlt sich heute mehr denn je, diesen alten Grundsätzen wieder erneut Folge zu geben. Sorge jeder an seiner Stelle **für nur deutschen Nachwuchs im Handwerk, dann wird** das Deutschtum im Osten zu neuer Blüte gelangen.

Nachstehend sei der Inhalt eines derartigen Geburtsbriefes wiedergegeben:

„Wir Bürgermeister und Rathmann der Königlichen Stadt Namslau, in Schlesien, an den Grenzen der Cron Polen gelegen, Bekennen und thun kundt hiemitt öffentlich gegen mennigliche, daß vor Uns in sitzenden Rathe erschienen und gestanden fiendt, die erbaren, vorsichtigen Melchior Fibla, Töpfer, undt Lukaß Künnel, Radmacher, beide unsere geschworene Mitbürger allhier, gutte glaubwürdige Zeugen, und haben bekannt und ausgesaget, auch mit entdecktem Haupte und aufgehobenen Fingern zu Gott, wie recht ist an Eidesstatt erhalten, daß Zeiger dieses, Matheß Posel, von dem arbeitsamen Gregor Posel, Unserem gewesenen unterthanen in der Crackauischen Vorstadt, Seinem Vatter, und Justina, Seiner Mutter, nach Ordnung der heiligen Christlichen Kirchen, auß einem Rechten, reinen und unbefleckten Ehebette, Ehelichen und Ehrlichen, unier Unserer der Stadt Jurisdiktion erzeuget, und gutter teutscher Art geboren und herkommen sei.

Dessen Eitern ist gedachter auch eine Zeitlang unter Uns gewohnet, und sich alles schuldigen Gehorsams gegen Uns auch sonsten, wie sichs eignet und gebühret, erbar, aufrichtig und ehrlich verhalten haben. Hierauf Uns nun bemelter Matthetz Posel alles fleißes angelanget und gebetten, Ihme berührter bekemtliche Auffage Seiner ehelichen und ehrlichen geburtt brifflich kundschaft und Urkunden, damitt er aufn notfall sich derselbigen gebrauchen undt hierdurch seine Angelegenheit desto beßer befördern könne, Der warheit zu Steuer zu ertellen, So wir Ihnen in anseuung der billigkeit nicht vorwidern mögen, und gelanget demnach an alle undt jede, so mitt diesem Unserem offenen brif ersuchet werden, undt zu denen geregter Matthetz Posel sich wenden möchte, Unser Dienstt, (also Unterthan,) freundtliches bitten, woßet ehgedachten Matthetz Posel alst einen anderen untadelhaften und von ehelicher und ehrlicher geburtt herkommenen in Eure Mittell und Zechen aufs und annehmen, Ihm auch in allem seinen Erlichen handell und wandell und sonst in billichen und möglichen sachen förderung, hilfe, günstigen und gutten willen erzeigen und erweisen. Daß seindt Wir gegen menniglich nach Standes gebühr mit angenehmen wollgefelligen Diensten in Freundschaft und allem gutten hinwiderumb zu verschulden erbüttig. Zu Urkundt haben wir Unser der Stadt Insigell an diesem Brif hangen lassen.

So geschehen den sechtzehenden Tag Monats January Nach Christi unsers Erlösers undt Seilchmachers geburt, Im sechszehen hundertt und Ein undt zwanzigsten Jahr. F. T.

Oberschlesierhilfe.

Seit der letzten Veröffentlichung im Namslauer Stadtblatt sind auf das Conto 487 „Oberschlesierhilfe" bei der hiesigen Kreisbank folgende Spenden eingegangen:

Herr Rentier Wilhelm Vogt, Hönigern 50 Mark, Herr Viehhändler Otto Jäschke, Hönigern 50 Mark, Gut und Gemeinde Brzezinke laut Liste gesammelt durch Herrn E. Kynast 300 Mark, Herr Christian Spallek, Lorzendorf 50 Mark, Herr Hermann Spallek, Lorzendorf 100 Mark, Frau Marie Spallek, Lorzendorf 50 Mark, Frau Paul Tambor, Lorzendorf 150 Mark, Frau Berta Tambor, Lorzendorf 50 Mark, Herr Walter Tambor, Lorzendorf 50 Mark, Herr Heinrich Sugert, Lorzendorf 75 Mark, Mitglieder des Einkaufsvereins der Kolonialwarenhändler, Namslau 120 Mark, Summe 1045 Mark.

Freigabe des deutschen Privateigentums in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Es besteht die Möglichkeit, daß das in den Vereinigten Staaten von Amerika beschlagnahmte deutsche Eigentum in nicht allzulanger Zeit den einzelnen deutschen Eigentümern zurückerstattet wird. Der Deutsche Sparkassenverband und der Deutsche Zentral-Girovverband haben eine besondere Organisation bei der Deutschen Girozentrale geschaffen, welche im Interesse der deutschen Volkswirtschaft bereit ist, im Falle der Freigabe des beschlagnahmten deutschen Privateigentums in den Vereinigten Staaten von Amerika alle erforderlichen Schritte zum Schutze der Beteiligten zu übernehmen. Durch diese Organisation soll insbesondere eine ordnungsmäßige und zugleich schnelle Bearbeitung der Freigabeanträge gewährleistet werden.

— Die Sammlung des Blumentages der Ortsgruppe Kaulwitz — Schmograu ergab die ansehnliche Summe von 2094,95 Mk.

Mit großem Dank gibt dies bekannt

Vereinigte Verbände Heimattreuer Oberschlesier.

Provinzielles.

Breslau. Am Sonntag, den 10. Juli findet in Breslau ein Hilfstag zugunsten der bedrängten Oberschlesier statt. — Im Anschluß an eine Reihe von Vorträgen über Dante, den großen Sänger der „Göttlichen Komödie", dessen 600jähriger Todestag vor kurzem traf, wurde eine „Dante-Ausstellung" im Schlesischen Museum der bildenden Künste eröffnet. Herr Pfarrer Habelt—Lorzendorf, Kreis Namslau, ein bewährter Dantekenner, hatte es übernommen, das weit zerstreute Material zusammenzutragen und unter großen Opfern an Mühe und Arbeit und auch pekuniärer Art ist es ihm gelungen, eine Dante-Ausstellung zu veranstalten, wie sie Breslau noch niemals gesehen hat und die auch an Reichhaltigkeit und künstlerischem sowie kunstgeschichtlichem Werte den Dante-Ausstellungen in Florenz im Jahre 1865 und dann 1888 in Dresden an die Seite gestellt werden kann. Aus Herrn Habelts Feder stammt auch der recht eingehende „Führer", der bei der Besichtigung nicht nur treffliche Dienste leistet, sondern auch als Andenken und wertvolles Nachschlagewerk gern mitgenommen werden wird.

Deutsch-Lissa. Der Gutsbesitzer Tilgner in Krampitz hat den Töpfereiarbeiter Steets aus Deutsch-Lissa beim Felddiebstahl ertappt und auf der Flucht durch vier Schüsse verletzt. Nach vier Stunden ist der Verletzte an innerer Verblutung gestorben.

Oels. Der kommissarische Landrat des hiesigen Kreises, Telegrapheninspektor Differt, hat den Minister des Innern um Entbindung von der Verwaltung des Landratsamtes gebeten.

Brieg. Am Sonntag, den 26. Juni wurde hier der Sängertag des Gaues Brieg abgehalten. In der Gauvertretersitzung waren die meisten der 20 zum Gau gehörenden Gesangvereine vertreten. Nachmittag 2 Uhr fand ein Festzug durch die Straßen statt, woran sich im Bergelgarten die gesanglichen Aufführungen schlossen, die durch einige Musikstücke eingeleitet wurden. Zunächst wurden nun drei Massenchöre geboten, die unter Leitung des Gauliedermeisters Zimmermann trefflich zu Gehör gebracht wurden. — Nach verschiedenen Begrüßungsansprachen folgten Einzelchöre von 17 Gesangvereinen. Alle diese Darbietungen zeigten, daß der deutsche Männergesang im ganzen Gau sich einer anerkennenswerten Pflege erfreut.

Koppen. Eine ganz erhebliche Verkehrserschwerung wird im ganzen Monat Juli herrschen, indem die hiesige Oderfähre wegen dringender Ausbesserung für den Fahrverkehr gesperrt werden muß.

Oppeln. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich auf der Chaussee Oppeln—Rosenberg. Zwei englische Soldaten fuhren auf einem Motorrad von Rosenberg nach Oppeln. In der Nähe von Turawa stießen sie auf eine bisher noch nicht aufgeklärte Weise mit einem Bauerngefährt zusammen. Das Motorrad wurde stark beschädigt und die beiden Soldaten erlitten schwere Verletzungen. Sie wurden nach Oppeln gebracht, wo sie im hiesigen englischen Lazarett Aufnahme fanden.

Cosel. Als der Gastwirt Gornik dem Arbeiter Cibis wegen des ergangenen Schnapsverbotes keinen Likör verabfolgen wollte, stieß dieser ihm ein Messer in den Leib. Der Schwerverletzte ist im Krankenhause den Verwundungen erlegen.

Die Urliste der in hiesiger Stadt wohnhaften Personen, welche zu dem Amte eines Schöffen oder eines Geschworenen berufen werden können, wird vom 6. bis einschl. 14. Juli d. Js. während der Dienststunden in unserem Geschäftszimmer zu Jedermanns Einsicht ausliegen. Gegen die Richtigkeit oder Vollständigkeit der Urliste kann innerhalb der angegebenen Frist schriftlich oder zu Protokoll Einspruch erhoben werden.

Namslau, den 5. Juli 1921.

Der Magistrat. J. V. Koschwitz

Bekanntmachung für Tabakpflanzer.

Wer Tabak für eigene Rechnung pflanzt oder pflanzen läßt, hat dem Zollamt seines Bezirks bis zum Ablauf des **15. Juli** die mit Tabak bepflanzten Grundstücke einzeln nach ihrer Lage und Größe **schriftlich anzumelden.**

Die Anmeldung der nach dem 15. Juli bepflanzten Grundstücke hat spätestens am dritten Tage nach Beginn der Bepflanzung zu geschehen.

Vordrucke zur Anmeldung gibt das Zollamt an die Anmelder unentgeltlich ab.

Namslau, im Juli 1921.

Das Zollamt. Steiner.

Männer-Gesang-Verein.

Mittwoch, den 6. Juli, abends punkt 9¼ Uhr

außerord. Mitglieder-Versammlung

bei Jakob.

Ankauf eines Harmoniums.

Zahlreiches Erscheinen dringend erforderlich.

Der Vorstand.

Für die uns anläßlich unserer **Vermählung** erwiesenen Aufmerksamkeiten

danken wir herzlichst.

Willau,

Josef Schierbock u. Frau Magda

geb. Heinzelmann.

Für die vielen Glückwünsche zu unserer **Vermählung** sagen wir unseren

herzlichsten Dank.

Glausche, im Juni 1921.

Johann Mariniok u. Frau Hedwig

geb. Herrmann.

Am 2. d Mts., mittags 12½ Uhr verschied nach längerem Leiden mein lieber Mann, unser lieber Schwager und Onkel, der

Böttchermstr. **Josef Miemietz**

im Alter von 61½ Jahren.

Dies zeigt hiermit im Namen der Hinterbliebenen tiefbetrübt an

Namslau, im Juli 1921

Pauline Miemietz.

10% Rabatt auf nicht herabgesetzte Konfektion.

Saison-Ausverkauf

Bedeutende Preisermässigung!

Nur soweit Vorrat reicht.

20% Rabatt auf Damen- und Kinderhüte.

Konfektion

Kinder-Kleider u. Kittel, weiss und bunt 25.00 **21.50**

Kinder-Schürzen, weiss und bunt, versch. Muster 22.50 **17.50**

Damen-Schürzen, verschied. Ausführung **25.00**

Strümpfe u. Trikotagen

Herren-Socken, grau, stark gestrickt **3.90**

Damen-Strümpfe, schwarz und leder, stark gestrickt **7.50**

ein Posten Sweater, Seide u. Baumwolle **15.00**

Weisswaren

ein Posten Besätze, Spachtel u. Tüll, mtr. 1.50 **1.00**

Jabots u. Kragen Zum Aussuchen 7.00 **2.50**

Kinder-Taschentuch, mit bunter Kante **1.90**

Schluß Sonnabend, den 9. Juli.

Ring 17. **S. Schwerin,** Tel. 49.

Carlsruhe OS.

(Strecke Namslau—Oppeln)

Haushaltungspensionat der Ar. Schulschwestern v. U. L. F.

„Regina coeli".

Von **Oppeln** nach **Carlsruhe verlegt.** Unmittelbar am Walde gelegen. Post- und Bahnverkehr ungestört. Prospekt jederzeit durch die Anstalt.

Maurer und Zimmerleute

stellt ein

Köberlein & Reigber,

Baugeschäft.

Tüchtige Vertreter

für erstkl. **Schreibmaschinen** bei hohem Verdienst gesucht. Off. unter **B. U. 2518 an Rudolf Mosse, Breslau.**

K. V.

Mittwoch, den 6. Juli

Versammlung.

Der Vorstand.

M.-I.-V. „Jahn". Donnerstag, den 7. Juli, abends 8 Uhr **Mitglieder-Versammlung** bei Herrn Jakob. Bewilligung der Reisegelder für Sagran u. a.

Anständiges Mädchen

vom Lande, wirtschaftl., evgl., Mitte30, wünscht mit ebensolchem Herrn in Briefwechsel zu treten zwecks bald. Heirat. Vermögen u. Aussteuer vorhanden. Am liebsten in kl. Landwirtschaft od. bess. Handwerker. Witwer mit Kind nicht ausgeschl. Off. u. **O. P.** an die Exp. d. Bl.

Für meinen **Ausschank** suche ich ein

anständ. Fräulein.

C. Ploschke,

Inh. **Gustav Sasse,**

Ring 10.

Für **1. August** suche

tücht. Köchin

oder **einfaches Wirtschaftsfräulein.** Vermittelung erbeten.

Frau Paul Haselbach.

Suche bald: **1 Stellmacher od. Zimmermann, Lohngärtner, led. Ackerkutscher, Köchin, Stuben- u. Küchenmädchen. Thom. Stannek, gewerbsm. Stellenv. Namslau.**

Jede hundertste Dose

Das Glück in der Dose

Servus

enthält eine Anweisung auf **ein wertvolles Geschenk**

Man verlange Schuhputz **Servus** Terpentinwaare mit dem grünen Streifen

Chem. Werke Lubszynski & Co A.-G. Berlin-Lichtenberg

30 bis 45 Mark täglich

Nebenverdienst, nachweislich bei nur 2 bis 3 Stunden Tätigkeit. Prospekt No. 738 gratis. P. Wagenknecht, Verlag, Leipzig.

Restergeschäft

wird eingerichtet. Laden nicht nötig. Erforderl. 3—5 Tausend Mark. Gefl. Offerten unter **D. J. 4437 an Rudolf Mosse, Dresden.**

Lehrbücher der vereinfachten deutsch. Stenographie

von Ferdinand Schrey

Buchhandlung O. Opitz.

Spielkarten

empfiehlt **O. Opitz.**

Annahmestelle

für **bestrenommierte Färberei u. chem. Reinigungsanstalt gesucht.** In Frage kommen nur bessere Putz- oder Modewarengeschäfte. Off. u. **A. T. 200** an die Exp. d. Bl.

Kleines Geschäft,

gleich welcher Branche, **zu kaufen gesucht,** mit oder ohne Wohnung; evtl. **Laden zu mieten gesucht.** Off. unter **A. T. 200** an die Exp. d. Bl.